

KOMMENTARE

Preistreiberei an den Zapfsäulen
Nach oben offen

Von JÜRGEN SCHULTZ

Rekordjagd an den Rohölmärkten. Während die Börsenkurse auf Talfahrt gehen, verteuern sich Erdgas und Öl, Benzin und Diesel nach kurzen Pausen stetig weiter. Die Folgen der Preistreiberei sind für den Normalverbraucher nicht nur an den Zapfsäulen schmerzhaft. Gestern meldete das Statistische Bundesamt die höchste Teuerung der letzten 15 Jahre. Energie- und Kraftstoffkosten sind die Hauptpreistreiber. Und die jagen nicht nur die Lebensmittelpreise hoch.

Eigentlich ist genug Öl auf dem Markt. Gerade haben die USA volle Lager gemeldet. Eigentlich ist die Förderung von Öl und Gas nicht aktuell akut teuer geworden.

Doch auch in Zukunft werden Energie- wie Rohstoffpreise nur eine Richtung kennen: nach oben. Dafür sprechen vor allem die Endlichkeit der fossilen Brennstoffe und die wachsende Öl-Nachfrage von boomenden Wirtschaftsriesen wie China, Indien, Brasilien. Dafür sprechen schließlich die quasi nicht kontrollierbaren Faktoren: Weder Förderländer noch staatliche Ölgesellschaften noch Öl-Konzerne werden sich in ihre Preisgestaltung reinreden lassen. Auch Anleger wird man nicht ans Investieren in lukrative Rohstoffaktien hindern können.

Für Wirtschaft wie Verbraucher bleibt da nur die Alternative: weniger, effizienter verbrauchen, regenerative Energien nutzen. Symbolhaft dafür steht Solartechnikhersteller SMA: Während gestern wegen der Ölpreise die Luft auf dem Parkett brannte, startete SMA erfolgreich den in diesem Jahr größten Börsengang am deutschen Aktienmarkt. **Nachricht Seite 1/ Bericht Seite 8**

Greifswald verkauft Wohnungen
Viele Risiken

Von GERALD KLEINE WÖRDEMANN

Eine Stadt plant den großen Befreiungsschlag. Die Hälfte der kommunalen Wohnungsgesellschaft in Greifswald soll verkauft werden. Mit den Einnahmen wäre die Universitätsstadt schuldenfrei. Der Druck aus Schwerin, den Haushalt auszugleichen, wäre vorbei. Verlockende Aussichten?

Nicht nur. Um Bedenken zu zerstreuen, werden die Stadtväter nicht müde zu betonen, dass es sich nur um einen „Minderheitsanteil“ handelt, den sie aus der Hand geben wollen. Das soll harmlos klingen, ist es aber nicht. 49,9 Prozent stehen zum Verkauf. Schon mit einem kleineren Anteil lässt sich ein Unternehmen mühelos lahmlegen, wenn einem der Kurs nicht passt. Das dürfte den Finanzmanagern nicht schwerfallen, wenn sie an einem Tisch mit den Angestellten der kommunalen Gesellschaft sitzen. Wo die Reise hingeht, war kürzlich auf der Hauptversammlung der KWG zu hören, einem der Kaufinteressenten: Die Erhöhung der Mieteinnahmen nach einer Modernisierung sei ein Weg, um Umsatz zu machen. Das Investment muss sich ja rechnen.

Greifswald braucht sicherlich keine 10 000 städtischen Wohnungen. Zu einem Totalverkauf, wie es Dresden vormachte, fehlt aber der Mut. Warum verkauft die Stadt nicht wenige Tausend Wohnungen? Das wäre berechenbarer: Denn das geplante Beteiligungsmodell ist ein Spiel mit dem Feuer. Vor allem für jene Mieter, denen es schwerfallen dürfte, auf dem engen Greifswalder Wohnungsmarkt eine Alternative zu finden. **Bericht Seite 7**

„Auf dem Bau fühlt sich der Sommer immer zwanzig Grad heißer an als im Liegestuhl.“

Manfred Scharon von der IG Bauen-Agrar-Umwelt

OSTSEE-ZEITUNG

Verlag und Druck:
Ostsee-Zeitung GmbH & Co. KG
Richard-Wagner-Straße 1a, 18055 Rostock
oder Postfachnummer: 10 11 81, 18002 Rostock
Telefon Rostock (0 381) 365-0
Fax: Redaktion: (0 381) 365 373; Anzeigen: -363; Vertrieb: -265; Geschäftsführung: -302
Internet: www.ostsee-zeitung.de
e-mail: redaktion@ostsee-zeitung.de; vertrieb@ostsee-zeitung.de; anzeigen@ostsee-zeitung.de; kundenservice@ostsee-zeitung.de; marketing@ostsee-zeitung.de
Geschäftsführer: Thomas Ehlers, Rainer Strunk
Redaktionsdirektor: Manfred von Thien
Chefredakteur: Jan Emendorfer
Stellvertretende Chefredakteure: Thoralf Cleven, Gerald Goetsch; Chefs vom Dienst: Jens Burmeister, Thomas Pult; Verantwortlich für Politik/Nachrichten: Jan Emendorfer; Mecklenburg-Vorpommern/Wirtschaft: Thoralf Cleven, Thomas Luczak; Kultur/Medien/Journale: Anette Prober; Sport: Christian Lüscher; Gestaltung: Joachim Quade
Korrespondenten: Dr. Jörg Köpke (Schwerin) 0 385 / 598 894; Reinhard Zweigler (Berlin) 030 / 726 261 508; Thomas Schwandt (Wirtschaft/Seeverkehr)
Anzeigen: Michael Schottmann, Vertrieb: Rainer Bremer, Technik: Uwe Gericke; Marketing: Birgit Heinecke
Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos keine Haftung. Leserbriefe geben lediglich die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen sind vorbehalten. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche. Abbestellungen bis zum 1. des Monats zum Folgemonat schriftlich an das Verlagshaus der Lokalzeitung.
Monatlicher Abo-Preis: 18,35 € (inkl. Zustellgebühr und MwSt., bei Postversand zzgl. 5,10 €).
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2008.

Der Bundestag geht in die Ferien – OZ-Schulnoten für die Abgeordneten aus MV



Ulrich Adam (CDU): Einsatz für Heimkehrer- und SED-Opferentschädigung, den Bau von vier Marine-Fregatten, wovon auch die Peene werft profitiert. Ging aber im Spendenskandal für seinen Wahlkampf fast unter. Wiederantritt für Bundestag unklar. **5**

Angela Merkel (CDU): Kanzlerin, glänzend auf internationaler politischer Bühne und in Fußball-Stadien; innenpolitisch droht ihr, mit der Koalition die Gestaltungskraft auszugehen. Will natürlich wieder in den Bundestag, ist umstrittene Kanzlerkandidatin der Union. **2-**



Dietmar Bartsch (Die Linke): Bundesgeschäftsführer der Linken hat sich für Rentenerhöhung eingesetzt, die aber zu niedrig ausgefallen sei; brachte mit vielen anderen Abgeordneten Diätenerhöhung zu Fall. Will 2009 wieder auf Spitzenplatz der MV-Linken. **3**

Heidrun Bluhm (Die Linke): Hat sich für Einführung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld stark gemacht, kümmert sich um Stadtbau, Strategien gegen Arbeitslosigkeit; versucht, Ortsumgehung Bad Doberan zu verhindern. Will wieder ins Parlament. **2-**



Ferien: Koalition fürchtet sich vor Sommertheater



Ein Blick in die gestrige Sitzung des Bundestages: Es war der letzte von 60 Sitzungstagen vor der parlamentarischen Sommerpause. Erst am 15. September kommen die Abgeordneten wieder zusammen. Fotos: ddp, Bundestag (5), dpa (3), Archiv (2), AP, Argus, Lilienthal

Von ARNOLD PETERSEN

Der Bundestag kam gestern das letzte Mal vor den Sommerferien zusammen. Die Bilanz der zurückliegenden Monate fällt durchwachsen aus.

Berlin (OZ) Erst am 15. September kommen die Volksvertreter wieder unter der Kuppel im Reichstagsgebäude zusammen. SPD-Fraktionschef Peter Struck verabschiedete die Seinen mit der Ermahnung, „nicht in jedes Mikrofon zu beißen“, sondern eine Interview-Pause einzulegen. Nichts fürchtet die nervöse SPD-Spitze mehr als eine Sommerloch-Debatte über den angeschlagenen Parteichef Kurt Beck.

Solche Sorgen plagen die Unionsführung zwar nicht. Aber auch in ihren Reihen hat sich viel Unmut über die Große Koalition angestaut. Strucks Kollege Volker Kauder entließ seine Abgeordneten deshalb vorsichtshalber mit einer dicken Leistungsbilanz, Motto: „Wir haben viel erreicht“.

Nun haben die Abgeordneten in den insgesamt 60 Sitzungstagen seit Ende der Sommerpause 2007 tatsächlich einiges erledigt: Sie senkten den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung und beschlossen eine außerordentliche Rentenanhebung. Sie brachten die Pflegeversicherung mit besserer Leistung, aber auch höheren Beiträgen als Kehrseite unter Dach und Fach.

Das Bafög wurde angehoben, die Eigenheimrente (Wohn-Riester) etabliert, ein Klimapaket mit Ökostrom-Förderung verabschiedet. Die Teil-

privatisierung der Bahn ist nach langem Hin und Her abgeschlossen, der Ausbau der Krippenplätze in Angriff genommen. Er steckt nunmehr in der parlamentarischen Beratung.

Doch die Sollseite ist ebenfalls üppig ausgestattet. Das Gerangel um Mindestlöhne, die Aufnahme weiterer Branchen in das Entsendegesetz ist nicht entschieden. Die Straffung der Arbeitsmarktförderung steht weiter aus, der Dauerbrenner BKA-Gesetz mit der umstrittenen Online-Durchsuchung wird die

Abgeordneten auch nach der Sommerpause beschäftigen. Und dann schmort da noch die Erbschaftssteuerreform, die längst abgehakt sein sollte, aber nun bis hinter die Landtagswahl in Bayern verschleppt wird.

„Der Rhythmus der Politik richtet sich sehr stark nach Wahlterminen“, beklagte in dieser Woche der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, mit Blick auf die vergangenen sechs Monate. Wegen der Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg schaltete die Politik auf Kriechgang.

Nach der Sommerpause bleiben nur wenige Monate zum Durchstarten. Denn 2009 stehen einschließlich Europa- und Kommunalwahlen 14 Urnengänge an – mit der Bundestagswahl am 27. September als Höhepunkt.



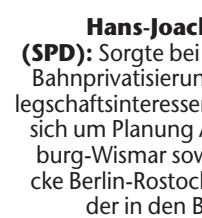
Susanne Jaffke-Witt (CDU): Wirkte an Investitionsentscheidungen für Bundeswehrstandorte in MV sowie an der Wehrsold-erhöhung und der Sold-Angleichung für Bundeswehrosoldaten in Ostdeutschland mit. Wiederantritt unklar. **3**



Eckhardt Rehberg (CDU): Machte maritime Wirtschaft zu einem zentralen Politikfeld im Bundestag, sorgte mit dafür, dass Nationale Maritime Konferenz 2009 in Rostock tagt; kämpft für wichtigen Nord-Süd-Verkehrskorridor. Will wieder antreten. **2-**



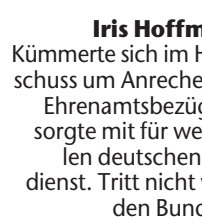
Christian Kleiminger (SPD): Sozialexperte mit Engagement für Programm „Gemeinschaftswest AGnES“ sowie für bundesweite Palliativversorgung und würdiges Lebensende für Schwerkranken. Will wieder in den Bundestag. **2**



Hans-Joachim Hacker (SPD): Sorgte bei umstrittener Bahnprivatisierung mit für Beliegschaftsinteressen; kümmerte sich um Planung A 14 Magdeburg-Wismar sowie Bahnstrecke Berlin-Rostock. Will wieder in den Bundestag. **2**



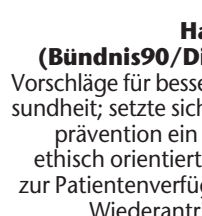
Dirk Manzewski (SPD): Kümmerte sich um Gesetzgebung im Wirtschafts- sowie Verbraucherrecht und den Schutz geistigen Eigentums; Anliegen eines Bürgers aus MV führt eventuell sogar zu Gesetzesänderung. Tritt wieder zur Wahl an. **2**



Iris Hoffmann (SPD): Kümmerte sich im Haushaltsausschuss um Anrechenbarkeit von Ehrenamtsbezügen auf Alg I, sorgte mit für weltweiten zivilen deutschen Freiwilligendienst. Tritt nicht wieder für den Bundestag an. **3**



Christian Ahrendt (FDP): Kümmerte sich um Schutz von Kreditnehmern, Antrag zur Schaffung Nationaler Küstenwache; Ahrendt wirkte auch mit bei Verbot eines rechtsextremistischen Vereins. Wiederantritt unklar. **2+**



Harald Terpe (Bündnis90/Die Grünen): Vorschläge für bessere Kindergesundheit; setzte sich für Alkoholprävention ein und wirkt an ethisch orientierter Regelung zur Patientenverfügung mit. Wiederantritt unklar. **2**



Martina Bunge (Die Linke): Couragierte Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, legte Sofortprogramm für bessere Pflege sowie gegen Finanznöte der Krankenhäuser vor, bringt ständig Ärztemangel im Osten zur Sprache. Tritt wieder an. **1-**

+++ Rückkehr zur alten Pendlerpauschale erwartet +++ Altersteilzeit-Verhandlungen gescheitert +++

Zurück zur alten Pendlerpauschale: Die Pendlerpauschale soll nach Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Hartmut Schauerte (CDU), noch vor der Bundestagswahl im Herbst 2009 wieder vom 1. Fahrkilometer an gewährt werden. Sie werde jedoch „auf niedrigerem Niveau“ als die jetzt gewährten 30 Cent pro Kilometer liegen, zitiert der „Südkurier“ den CDU-Politiker. Das werde den Bund rund zwei Milliarden Euro kosten. Die aktuelle Regelung, die erst ab Kilometer 21 greift, „macht die Bürger ärgerlich“.

Metaller bei Altersteilzeit gescheitert: Die Verhandlungen über eine neue Altersteilzeit in der Metall- und Elektroindustrie sind gescheitert. Das teilten IG Metall und Südwestmetall gestern Abend in Böblingen mit. Damit ist ein Pilotabschluss für die Branche mit bundesweit 3,4 Millio-

nen Beschäftigten in Baden-Württemberg nicht mehr möglich.

Die IG Metall strebt nach Hoffmanns Worten weiter eine Altersteilzeitregelung in der Tarifrunde im Herbst an. Sie werde über eine Zuspitzung des Arbeitskampfs in der Sitzung ihrer Tarifkommission am Montag beraten, kündigte Hoffmann an. Bisher haben sich nach Gewerkschaftsangaben seit dem Ende der Friedenspflicht am 4. Juni bundesweit 270 000 Beschäftigte an Warnstreiks beteiligt, vornehmlich in Baden-Württemberg, wo die Pilot-Tarifverhandlungen geführt werden.

Kein Verbot von Giftmüll-Exporten: Delegationen aus mehreren armen Ländern sind auf einer UN-Konferenz mit dem Antrag auf ein internationales Verbot von Giftmüll-Exporten gescheitert. Die Vertreter beschlossen gestern in Indonesien stattdessen eine Reihe freiwilliger Maßnahmen. Ein völkerrechtliches Verbot stieß

nach Angaben aus Teilnehmerkreisen auf massiven Widerstand, unter anderem aus den USA, Japan und Indien. Sie wollen die Recycling-Branche schützen. Das von 170 Staaten unterzeichnete Abkommen verlangt, dass Müllexporteure vor dem Transport die Zustimmung des Empfängerlandes einholen müssen.

Merkel plant Qualifizierungsgipfel für Bildung: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat in der Bildungspolitik mehr gesamtstaatliche Verantwortung von Bund und Ländern eingefordert. Bei der Qualitätsbewertung von Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen fragten die Bürger nicht nach föderalen Zuständigkeiten, sagte Merkel auf der Jahrestagung der Max-Planck-Gesellschaft in Dresden. Damit aber „aus der Bundesrepublik eine Bildungsrepublik“ werde, wolle sie sich Ende Oktober mit den Ministerpräsidenten der

Länder zu einem „Qualifizierungsgipfel“ zusammensetzen. Einen Streit um Bund-Länder-Kompetenzen – wie bereits von einigen Landesregierungen befürchtet – sehe sie dabei nicht, sagte Merkel.

Berlusconi bekommt ein Immunitätsgesetz: In Italien sollen die vier ranghöchsten Politiker des Landes künftig während ihrer Amtszeit vor Strafverfolgung geschützt sein. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wurde gestern während einer Kabinettsitzung verabschiedet und dem Parlament zur Beschlussfassung zugesandt, wie Justizminister Angelino Alfano mitteilte. Da das Gesetz auch auf Ministerpräsident Silvio Berlusconi zutreffen würde, der sich in Mailand immer noch wegen Korruption vor Gericht verantworten muss, ist Kritik an dem Gesetz schon programmiert. Das Gesetz gilt für den Staatspräsidenten, den Ministerpräsidenten und die Vorsitzenden der beiden Parla-

mentskammern während der Laufzeit ihrer Mandate. Die Verjährungsfrist ist in dieser Zeit aber ausgesetzt, sodass sie nach Ende ihrer Amtszeit vor Gericht gebracht werden können. Sie können aber auch auf ihre Immunität verzichten.

Geißler in der Senioren-Union: Der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler ist der Senioren-Union seiner Partei beigetreten. Wie der 78-Jährige dem „Köln Stadt-Anzeiger“ sagte, verbindet er mit seinem Schritt keine weiteren Ambitionen. Mit Blick auf die jüngste Allensbach-Umfrage, die die Union mit 35 Prozent taxiert, fügte er hinzu: „35 Prozent sind für die CDU ein Menetekel. Die CDU muss wieder Volkspartei werden. Wenn ich dazu beitragen kann, dann tue ich das.“ Die Senioren-Union wurde 1988 als Untereinheit der CDU gegründet. Ihr gehören heute rund 56 000 über 60-Jährige an.